

Vertrag

über

„Objektplanung Gebäude und Innenräume und Objektplanung Freianlagen“

bezogen auf die Maßnahme

„Neubau Kindergarten Sandhofen“

zwischen

der Stadt Mannheim, vertreten durch das Dezernat IV (Bauen, Planung, Verkehr und Sport)
Collinistraße 1, 68161 Mannheim

- nachstehend **Auftraggeber (AG)** genannt -

und

xxx, xxx, xxx, xxx, xxxx

- nachstehend **Auftragnehmer (AN)** genannt -

Inhaltsverzeichnis

Präambel

§ 1 Vertragsgegenstand

§ 2 Vertragsgrundlagen

§ 3 Planungs- und Überwachungsziele

§ 4 Baukosten

§ 5 Leistungsumfang

§ 6 Aufteilung in Bearbeitungsstufen

§ 7 Allgemeine Pflichten des AN

§ 8 Änderungs- und Zusatzleistungen

§ 9 Pflichten des AG

§ 10 Honorar

§ 11 Rechnungen

§ 12 Stellung und Weisungsbefugnisse

§ 13 Projektleiter / Ansprechpartner

§ 14 Fachlich Beteiligte

§ 15 (Mängel)-Haftung, Verjährung, Haftpflichtversicherung des AN

§ 16 Termine

§ 17 Dauer des Vertrages

§ 18 Schlussbestimmungen

Anlagen

Anlage 1 Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Mannheim zu den Verträgen mit freiberuflich Tätigen - AVB-fT/MA - (Stand 01.01.2018)

Anlage 2 Auslobungsunterlagen (nebst der Antworten zu den Fragen aus dem Rückfragenkolloquium), bestehend aus Teil A - Wettbewerbsbedingungen, Teil B - Allgemeine Rahmenbedingungen, Teil C - Aufgabenstellung, Teil D - Anlagen, Teil D beinhaltet folgende Anlagen:

- Baugrunduntersuchung vom 22.11.2017,
- Höhenplan des Geländes im dwg-Format des Fachbereiches 62 "Geoinformation und Vermessung",
- Bestandspläne der MVV Netze GmbH,
- Auszug aus dem Liegenschaftskataster der Stadt Mannheim Liegenschaftskarte 1:500,
- Auszug aus dem Liegenschaftskataster Flurstück- und Eigentumsnachweis Flst. 39138,
- Bebauungsplan Nr. 51.38.1 "Wohngebietserweiterung nördlich der Groß-Gerauer Straße, Änderung Werner-Nagel-Ring 2-6" mit seinen Festsetzungen,
- Lärmkartierung der Stadt Mannheim (Umgebungslärmkartierung 2017),
- Luftbildauswertung mit Aktenzeichen MA 3261 des Regierungspräsidiums Stuttgart Kampfmittelbeseitigungsdienst vom 19.10.2017,
- Baufachliche Standards der Stadt Mannheim für die Durchführung von Baumaßnahmen bei städtischen Gebäuden und Liegenschaften, II. Kindergarten/Stand 07.02.2017 inkl. Anlagen (Raumbuchblätter/Stand 04.05.2018, Raumprogramm),
- Ausstattung für die Kostengruppe 600 und 471,
- Energieleitlinien der Stadt Mannheim - LL-E,
- Brandschutztechnische Anforderungen an Kinderkrippen und Kindergärten der Stadt Mannheim,
- Arbeitsanweisung des Fachbereiches Bau- und Immobilienmanagement der Stadt Mannheim: "Sachgemäßer Umgang mit Brandschutztüren"/Stand März 2015,
- Freianlagenstandards

Anlage 3 Leistungsbeschreibung

- Anlage 4 Honorarangebot des AN
- Anlage 5 Besprechungsniederschrift über das Verhandlungsgespräch
- Anlage 6 Preisgerichtsprotokoll
- Anlage 7 Die Vergabeordnung der Stadt Mannheim - VergO - , in ihrer jeweils gültigen Fassung
- Anlage 8 Die Geschäftsanweisung für die Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung von Bauvorhaben (GA-Bau) der Stadt Mannheim
- Anlage 9 Verpflichtungserklärung nach dem Verpflichtungsgesetz nebst Merkblatt für die Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz
- Anlage 10 Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt (LTMG)
- Anlage 11 Merkblatt zum LTMG nebst besonderer Vertragsbedingungen (BVB) zum LTMG
- Anlage 12 Vorlage der Stadt Mannheim zur Gebäudebestandsdokumentation
- Anlage 13 Versicherungsbestätigung
- Anlage 14 Energieleitlinien der Stadt Mannheim - LL-E
- Anlage 15 Baufachliche Standards der Stadt Mannheim für die Durchführung von Bau-
maßnahmen bei städtischen Gebäuden und Liegenschaften, II. Kindergarten /
Stand 07.02.2017 inkl. Anlagen (Raumbuchblätter/Stand 04.05.2018, Raum-
programm)
- Anlage 16 Ausstattung für die Kostengruppe 600 und 471
- Anlage 17 Brandschutztechnische Anforderungen an Kinderkrippen und Kindergärten der
Stadt Mannheim

- Anlage 18 Arbeitsanweisung des Fachbereichs Bau- und Immobilienmanagement der Stadt Mannheim: "Sachgemäßer Umgang mit Brandschutztüren"/Stand März 2015
- Anlage 19 Baugrunduntersuchung vom 22.11.2017
- Anlage 20 Höhenplan des Geländes im dwg-Format des Fachbereiches 62 "Geoinformation und Vermessung"
- Anlage 21 Bestandspläne der MVV Netze GmbH
- Anlage 22 Auszug aus dem Liegenschaftskataster der Stadt Mannheim - Liegenschaftskarte 1:500
- Anlage 23 Auszug aus dem Liegenschaftskataster der Stadt Mannheim - Flurstücks- und Eigentumsnachweis Flst. 39138
- Anlage 24 Bebauungsplan Nr. 51.38.1 "Wohngebietserweiterung nördlich der Groß-Gerauer Straße, Änderung Werner-Nagel-Ring 2-6" mit seinen Festsetzungen
- Anlage 25 Lärmkartierung der Stadt Mannheim (Umgebungsärmkartierung 2017)
- Anlage 26 Luftbildauswertung mit Aktenzeichen MA 3261 des Regierungspräsidiums Stuttgart Kampfmittelbeseitigungsdienst vom 19.10.2017
- Anlage 27 „Planung und Ausführung von Grünflächen“ (Freianlagenstandards) – Planungshandbuch des Fachbereichs Tiefbau – Vorgaben für das Planen und Bauen im öffentlichen Raum, Straßen, Wege, Plätze und Anlagen

Präambel

Im Stadtteil Mannheim-Sandhofen besteht eine Deckungslücke an Kindergartenplätzen. Um diese zu schließen, beabsichtigt die Stadt Mannheim den Neubau eines 4-gruppigen Kindergartens.

Hierzu wurden in der Vergangenheit verschiedene Grundstücke auf ihre Eignung geprüft. Als Standort wurde der südliche Teil des städtischen Grundstücks, Werner-Nagel-Ring 2-6 in Mannheim-Sandhofen (Flst.-Nr. 39138), ausgewählt.

Für dieses Grundstück wurde 2017 die Änderung des Bebauungsplanes (Nr. 51.38.1) durchgeführt, damit dieses für soziale Zwecke genutzt werden kann. In der Vorbereitung der Bebauungsplanänderung wurde ein Testentwurf als Machbarkeitsstudie für eine mögliche Realisierung des Kindergarten-Neubaus im südlichen Teil des Grundstückes auf den Weg gebracht. Demnach soll der Kindergarten-Neubau als freistehendes, zweigeschossiges Gebäude mit (begrünem) Flachdach konzipiert werden. Die Abbildung des Testentwurfes ist in die Unterlagen der Bebauungsplanänderung eingeflossen.

Der Neubau des 4-gruppigen Kindergartengebäudes, welches in einem Bauabschnitt realisiert werden soll, soll im Jahr 2021 fertiggestellt werden.

§ 1

Vertragsgegenstand

Vertragsgegenstand dieses Vertrages sind Architektenleistungen des Leistungsbildes Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. §§ 33 ff. HOAI sowie des Leistungsbildes Objektplanung Freianlagen gem. §§ 38 ff. HOAI für das Bauvorhaben „Kindergarten Sandhofen“ auf dem im städtischen Eigentum stehenden Grundstück Flst.-Nr. 39138 (eingetragen in das Grundbuch Blatt Nr. 70330, Lfd. Nr. 2, Fläche des Grundstücks 2.608m²), Werner-Nagel-Ring 2-6, 68307 Mannheim auf der Basis des prämierten Wettbewerbsbeitrages aus dem nicht offenen Realisierungswettbewerb.

§ 2

Vertragsgrundlagen

- 2.1 Für das Vertragsverhältnis sind maßgebend:
 - 2.1.1 Die Regelungen dieses Vertrages einschließlich seiner gesamten Anlagen.
 - 2.1.2 Die für das Bauvorhaben relevanten öffentlich-rechtlichen Bestimmungen.
 - 2.1.3 Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), in ihrer bei Vertragsschluss gültigen Fassung.
 - 2.1.4 Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB), insbesondere diejenigen über den Architekten- und Ingenieurvertrag (§§ 650p ff. iVm. §§ 631 ff., § 650a ff. BGB).
 - 2.1.5 Die anerkannten Regeln der Technik.
- 2.2 Der AN hat seinen Leistungen zugrunde zu legen:
 - 2.2.1 Die Regelungen dieses Vertrages.
 - 2.2.2 Die Besprechungsniederschrift über das Verhandlungsgespräch (Anlage 5).
 - 2.2.3 Die Ergebnisse des AN aus dem nicht offenen Realisierungswettbewerb.
 - 2.2.4 Die Auslobungsunterlagen (nebst der Antworten zu den Fragen aus dem Rückfragenkolloquium), bestehend aus Teil A - Wettbewerbsbedingungen, Teil B - Allgemeine Rahmenbedingungen, Teil C - Aufgabenstellung, Teil D – Anlagen (Anlage 2).
 - 2.2.5 Die Hinweise und Forderungen des AG.
- 2.3 Der AN hat bei der Erbringung seiner Leistungen folgende Vorschriften der Stadt Mannheim, in der zur Zeit der Bearbeitung geltenden Fassung, zu beachten:
 - Energieleitlinien der Stadt Mannheim - LL-E (Anlage 14),

- Baufachliche Standards der Stadt Mannheim für die Durchführung von Baumaßnahmen bei städtischen Gebäuden und Liegenschaften, II. Kindergarten; Stand 07.02.2017 inkl. Anlagen (Raumbuchblätter/Stand 04.05.2018, Raumprogramm) (Anlage 15),
- Ausstattung für die Kostengruppe 600 und 471 (Anlage 16),
- Brandschutztechnische Anforderungen an Kinderkrippen und Kindergärten der Stadt Mannheim (Anlage 17),
- Arbeitsanweisung des Fachbereichs Bau- und Immobilienmanagement der Stadt Mannheim: „Sachgemäßer Umgang mit Brandschutztüren“, Stand März 2015 (Anlage 18).

Darüber hinaus hat der AN folgende Vorschriften zu beachten, die diesem bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden:

- die Vergabeordnung - VergO - (Anlage 7),
- die Geschäftsanweisung für die Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung von Baumaßnahmen (GA-Bau) der Stadt Mannheim (Anlage 8),
- „Planung und Ausführung von Grünflächen“ (Freianlagenstandards) – Planungshandbuch des Fachbereichs Tiefbau – Vorgaben für das Planen und Bauen im öffentlichen Raum, Straßen, Wege, Plätze und Anlagen (Anlage 27).

§ 3

Planungs- und Überwachungsziele

- 3.1 Die Vertragsparteien haben sich auf folgende Planungs- und Überwachungsziele für die Leistungen des AN bzgl. des Leistungsbildes Objektplanung Gebäude und Innenräume und des Leistungsbildes Objektplanung Freianlagen geeinigt:
 - 3.1.1 Standort sowie Einordnung des Grundstücks: Werner-Nagel-Ring 2-6, 68307 Mannheim, Allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO.
 - 3.1.2 Spezielle standortspezifische Rahmenbedingungen und Vorgaben – entsprechend den Anlagen nach Teil D der Auslobungsunterlagen (Anlage 2):
 - Baugrunduntersuchung vom 22.11.2017 (Anlage 19),

- Höhenplan des Geländes im dwg-Format des Fachbereiches 62 "Geoinformation und Vermessung" (Anlage 20),
- Bestandspläne der MVV Netze GmbH (Anlage 21),
- Auszug aus dem Liegenschaftskataster der Stadt Mannheim - Liegenschaftskarte 1:500 (Anlage 22),
- Auszug aus dem Liegenschaftskataster der Stadt Mannheim - Flurstück- und Eigentumsnachweis Flst. 39138 (Anlage 23),
- Bebauungsplan Nr. 51.38.1 "Wohngebietserweiterung nördlich der Groß-Gerauer Straße, Änderung Werner-Nagel-Ring 2-6" mit seinen Festsetzungen (Anlage 24),
- Lärmkartierung der Stadt Mannheim (Umgebungslärmkartierung 2017) (Anlage 25),
- Luftbilddauswertung mit Aktenzeichen MA 3261 des Regierungspräsidiums Stuttgart Kampfmittelbeseitigungsdienst vom 19.10.2017 (Anlage 26),

sowie für das Leistungsbild Freianlagen

- Planung und Ausführung von Grünflächen" (Freianlagenstandards) - Planungshandbuch des Fachbereichs Tiefbau – Vorgaben für das Planen und Bauen im öffentlichen Raum, Straßen, Wege, Plätze und Anlagen (Anlage 27).

3.1.3 Nutzungszweck und spezielle Nutzungsanforderungen:

Gewährleistet werden muss die Unterbringung, Betreuung und Verpflegung von Kindergartenkindern (4 Gruppen) mit einer entsprechenden Betreuerzahl. Für eine optimale Ausnutzung der Grundstücksfläche ist das Gebäude zu unterkellern. Die Außenanlage ist so zu planen und zu gestalten, dass hinreichende Spielmöglichkeiten und Spielflächen zur Verfügung stehen.

3.1.4 Qualitäts- und Ausstattungsstandard

Baufachliche Standards der Stadt Mannheim für die Durchführung von Baumaßnahmen bei städtischen Gebäuden und Liegenschaften, II. Kindergarten/Stand 07.02.2017 inkl. Anlagen (Raumbuchblätter/Stand 04.05.2018, Raumprogramm) (Anlage 15) sowie Ausstattung für die Kostengruppe 600 und 471 (Anlage 16).

3.1.5 Spezielle qualitative Anforderungen wie Energetik, Sicherheitstechnik etc.:

- Einhaltung der Energieleitlinien der Stadt Mannheim - LL-E (Anlage 14),
- Brandschutztechnische Anforderungen an Kinderkrippen und Kindergärten der Stadt Mannheim (Anlage 17),

- Die Arbeitsanweisung des Fachbereiches Bau- und Immobilienmanagement der Stadt Mannheim: „Sachgemäßer Umgang mit Brandschutztüren“, Stand März 2015 (Anlage 18).

- 3.1.6 Für die Erstellung bzw. Zusammenführung einer erweiterten Gebäudebestandsdokumentation für die Gewerke aus allen Kostengruppen nach DIN 276, ist die Vorlage der Stadt Mannheim zur Gebäudebestandsdokumentation zu verwenden (Anlage 12).
- 3.2 Die Planungs- und Überwachungsziele im Hinblick auf die Kosten und die Termine richten sich nach § 4 und § 16 dieses Vertrages.
- 3.3 Die Parteien stimmen überein, dass aufgrund der vorstehenden Regelungen die wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele im Sinne des § 650p Abs. 2 BGB vollständig und abschließend vereinbart wurden und das Sonderkündigungsrecht gem. § 650r BGB damit für beide Parteien erloschen ist.
- 3.4 Der AG ist berechtigt, zu jeder Zeit Änderungen in den Ziff. 3.1.1 – 3.1.6 angeführten Planungszielen anzuordnen; insoweit gelten die §§ 650q i. V. m. 650b BGB. Die Anpassung der Vergütung bei geänderten Planungs- und Überwachungszielen richtet sich nach § 8 dieses Vertrages.

§ 4

Baukosten

- 4.1 Die Parteien vereinbaren als einzuhaltende Baukostenobergrenze x EUR netto für das Vorhaben, welche im Verhandlungsverfahren ergänzt wurde. Der AN schuldet die Einhaltung der Kostenobergrenze, welche in der Summe nicht überschritten werden darf. Die von dem AN verbindlich einzuhaltende Baukostenobergrenze wird nach Abschluss der Leistungsphase 3 endgültig festgelegt. Die Kostenobergrenze umfasst die Kostengruppen 300 bis 500 nach DIN 276 gem. der Kostenermittlung.
- 4.2 Der AN verpflichtet sich seine Pflichten nach diesem Vertrag, insbesondere diese nach der Kostenermittlung und Kostenüberwachung, ordnungsgemäß durchzuführen und den AG über Kostensteigerungen frühzeitig zu informieren. Der AN ist ver-

pflichtet, dem AG bei erkennbaren Kostensteigerungen Vorschläge zu Einsparungsmöglichkeiten zu unterbreiten. Die Vorschläge müssen auch Hinweise zu den Auswirkungen der Einsparungen auf die Qualität und die Termine des Vorhabens enthalten.

§ 5

Leistungsumfang

- 5.1 Der AN verpflichtet sich zur Erbringung von Leistungen (Grundleistungen und Besondere Leistungen) gemäß der Leistungsbeschreibung (Anlage 3), die nach dem jeweiligen Stand der Planung und Ausführung der Maßnahme erforderlich sind, um die Planungsziele gem. §§ 3, 4 und 16 dieses Vertrages zu erreichen.
- 5.2 Der AN schuldet im Übrigen sämtliche im Vertrag beschriebene Leistungen, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung des Auftrages erforderlich sind, auch wenn sie nicht im Einzelnen genannt sind.

Der AN hat durch seine Leistungen dafür zu sorgen, dass die definierten Projekt- und Terminziele, insbesondere die Einhaltung der Vertragstermine und Vertragsfristen, erreicht werden. Der AN hat durch seine Leistungen für das notwendige reibungslose Zusammenwirken sowie für eine umfassende und schnelle Information aller Projektbeteiligten zu sorgen und den AG rechtzeitig auf voraussichtliche Störungen und mögliche Terminabweichungen hinzuweisen.

- 5.3 Der AN berät den AG über den notwendigen Einsatz von gegebenenfalls weiteren Sonderfachleuten.

Der AG beauftragt im Übrigen Sonderfachleute für die Tragwerksplanung, die Technische Ausrüstung für die Anlagengruppen 400 und 450, die Technische Ausrüstung für Heizung, Lüftung und Sanitär sowie die Bauphysik und den Brandschutz.

Sollten darüber hinaus weitere Sonderfachleute für die Maßnahme erforderlich sein, so erfolgt die Vergabe und die Vertragsverhandlung der Leistungen durch den AG. Der AN ist verpflichtet, den von dem AG beauftragten Sonderfachleuten jederzeit die für die Durchführung der Leistungen erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Einblick in dazu erforderliche Unterlagen zu gewähren. Gleichermaßen ist der AN

berechtigt, bei den Sonderfachleuten Auskünfte einzuholen und in deren Unterlagen einzusehen.

Der AN hat die Planungsergebnisse der Sonderfachleute fortlaufend in seine Planung zu integrieren.

§ 6

Aufteilung in Bearbeitungsstufen

- 6.1 Die von dem AN zu erbringenden Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume werden in zwei zeitlich voneinander getrennten Bearbeitungsstufen wie folgt beauftragt:

Bearbeitungsstufe I: Leistungsphasen 1-4 HOAI
Bearbeitungsstufe II: Leistungsphasen 5-9 HOAI.

Die von dem AN zu erbringenden Leistungen der Objektplanung Freianlagen werden in zwei zeitlich voneinander getrennten Bearbeitungsstufen wie folgt beauftragt:

Bearbeitungsstufe I: Leistungsphasen 1-3 HOAI
Bearbeitungsstufe II: Leistungsphasen 5-9 HOAI.

- 6.2 Die Bearbeitungsstufe I für die Objektplanung Gebäude und Innenräume sowie für die Objektplanung Freianlagen wird mit diesem Vertrag übertragen. Der AG behält sich vor, den AN auf Grundlage dieses Vertrages auch mit der Bearbeitungsstufe II zu beauftragen.

Der AN verpflichtet sich, den AG darüber zu unterrichten, wenn der Abschluss der Bearbeitungsstufe I bevorsteht. Der AN verpflichtet sich, die Leistungen aus der Bearbeitungsstufe II zu erbringen, wenn sie ihm vom AG innerhalb von 6 Monaten nach Fertigstellung und Freigabe der bisher in Auftrag gegebenen Leistungen der Bearbeitungsstufe I schriftlich übertragen werden.

- 6.3 Ein Rechtsanspruch auf Übertragung der Bearbeitungsstufe II besteht nicht. Wird die Bearbeitungsstufe II nicht übertragen, gilt der Vertrag mit Abschluss der letzten Bearbeitungsstufe als erfüllt.

- 6.4 Aus der stufenweisen Übertragung und eines damit gegebenenfalls zusammenhängenden zusätzlichen Zeit-, Koordinierungs- und Arbeitsaufwandes, kann der AN keine Erhöhung seines Honorars verlangen oder Nebenkosten oder sonstige Ansprüche geltend machen.

§ 7

Allgemeine Pflichten des AN

- 7.1 Der AN verpflichtet sich, zur Erbringung aller Aufgaben und Tätigkeiten, die zur Herbeiführung des in dem Vertrag beschriebenen Leistungserfolgs notwendig oder zweckmäßig sind.
- 7.2 Der AN hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob:
- seinen Leistungen öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen,
 - eine Änderung der technischen Regelwerke absehbar und zu berücksichtigen ist; bezüglich der zu berücksichtigenden technischen Regelwerke, die sich in Änderung befinden, hat sich der AN mit dem AG abzustimmen.

Der AN verpflichtet sich dazu, die anerkannten Regeln der Technik und alle einschlägigen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Vorschriften insbesondere die planungs-, bauordnungs- und nachbarschaftsrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Der AN hat seine Leistungen nach dem Grundsatz der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit – auch im Hinblick auf die späteren Unterhaltungs- und Betriebskosten - zu erbringen.

- 7.3 Der AN hat seinen Leistungen die schriftlichen Anordnungen und Anregungen des AG zu Grunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- 7.4 Der AN ist nicht berechtigt Leistungen aus diesem Vertrag an Dritte weiter zu geben, es sei denn, der AG hat vorher schriftlich zugestimmt. Der AG ist nicht zu einer Zustimmung verpflichtet; diese steht in seinem Ermessen.
- 7.5 Der AN hat alle von ihm angefertigten Unterlagen zu unterzeichnen und übernimmt damit die Verantwortung für deren Inhalt. Die Unterlagen von Dritten hat der AN zu überprüfen, zu unterzeichnen und zur Freigabe dem AG vorzulegen. Der AN hat sich

über die Einhaltung der gemäß § 16 festzulegenden Termine und Fristen zu vergewissern und trägt die Verantwortung für deren zeitliche Umsetzbarkeit.

- 7.6 Für die Durchführung der förmlichen Ausschreibungsverfahren ist gemäß § 14 Ziff. 14.3 die Servicestelle Ausschreibungsverfahren des Fachbereichs Baurecht.Bauverwaltung.Denkmalschutz. der Stadt Mannheim zuständig. Der AN hat sich mit dieser Stelle kontinuierlich über sämtliche, die Ausschreibungsverfahren betreffenden Belange, abzustimmen.
- 7.7 Im Rahmen der Vorbereitung der Vergabe - Leistungsphase 6 - und der Mitwirkung der Vergabe - Leistungsphase 7 - ist eine Kontaktaufnahme mit Bewerbern/Bietern nicht statthaft.
- 7.8 Verschwiegenheit/soziale Bestimmungen
- 7.8.1 Der AN ist zur Verschwiegenheit gegenüber Dritten hinsichtlich aller ihm bekannt gewordener oder bekannt werdender Kenntnisse oder Informationen über das Projekt verpflichtet, soweit diese Kenntnisse nicht aus öffentlich zugänglichen Quellen stammen und soweit die Weitergabe von Informationen oder Kenntnissen nicht zur Durchführung des Vertrages zwingend erforderlich ist.
- 7.8.2 Der AN und seine mit der Ausführung der vertraglichen Leistungen befassten Mitarbeiter müssen sich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 1 des Verpflichtungsgesetzes gemäß dem als Anlage 9 beiliegenden Muster unter Berücksichtigung des „Merkblattes für die Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz“ verpflichten lassen. Der Einsatz anderer Mitarbeiter als der besonders Verpflichteten darf nur nach deren Verpflichtung erfolgen. Dem AG sind diese unverzüglich zu benennen.

Der AN verpflichtet sich, auf Verlangen des AG rechtzeitig, vor Aufnahme der Tätigkeiten die beiliegende Verpflichtungserklärung (Anlage 9) vor der vom AG dafür anzugebenden zuständigen Stelle mündlich abzugeben. Er hat dafür zu sorgen, dass auch seine, mit der Ausführung betrauten Beschäftigten gegenüber dem AG ebenfalls rechtzeitig eine solche Verpflichtungserklärung vor der zuständigen Stelle abgeben. Zahlungen werden erst geleistet, wenn die unterschriebene Verpflichtungserklärung und die Berufshaftpflichterklärung vorliegen.

- 7.8.3 Der AN verpflichtet sich zur Einhaltung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) gemäß der von ihm zu unterzeichnenden Verpflichtungserklärung (Anlage 10). Der AN bestätigt, dass ihm bei Unterzeichnung seiner Verpflichtungserklärung des Merkblatt zum LTMG (Anlage 11) vorlag.
- 7.9 Der AN beachtet insbesondere Nr. 4 der Vergabeordnung der Stadt Mannheim (Anlage 7). Dazu zählt auch die Vorgabe, dass gemäß Beschluss 315/2008 des Gemeinderates der Stadt Mannheim vom 22.07.2008 bei der Beschaffung von Lieferleistungen möglichst nur Waren bezogen werden, die unter Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen hergestellt wurden. Die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen ist außerdem über den Wortlaut des Gemeinderatsbeschlusses hinaus für alle zu vergebenden Leistungen (nicht nur Lieferleistungen) zu gewährleisten. Auf Anforderung des AN werden ihm diese Unterlagen vom AG übermittelt.
- 7.10 Ein Verbringen der Original-Vergabeunterlagen außerhalb der Räumlichkeiten des AG ist nicht statthaft.

§ 8

Änderungs- und Zusatzleistungen

- 8.1 Der AG ist jederzeit berechtigt, innerhalb des vereinbarten Auftragsumfangs Änderungs- und Zusatzleistungen anzuordnen. Im Übrigen wird auf Ziffer 5.1 sowie Ziffer 5.2 der allgemeinen Vertragsbedingungen der Stadt Mannheim zu den Verträgen mit freiberuflich Tätigen (Anlage 1) Bezug genommen.
- 8.2 Ordnet der AG Änderungs- oder Zusatzleistungen an, steht dem AN ein Anspruch auf Anpassung der Honorarberechnungsgrundlagen für die Grundleistungen und gegebenenfalls Besonderen Leistungen gemäß § 10 HOAI zu, es sei denn, die Änderungs- und Zusatzleistungen sind vom AN zu verantworten oder die Änderungen betreffen lediglich Überarbeitungen und/oder Wiederholungen erbrachter Leistungen innerhalb einer noch nicht vom AG freigegebenen Leistung bzw. Leistungsphase der jeweiligen Objektplanung, ohne dass sich der Vertragsgegenstand oder die Beschaffenheitsanforderungen grundlegend verändert haben.

§ 9

Pflichten des AG

- 9.1 Der AG wird alle erforderlichen Freigaben und Entscheidungen des Vertrages innerhalb angemessener Frist vornehmen bzw. treffen, wobei mit Blick auf die einzuhaltenden internen Entscheidungsabläufe beim AG als Prüf- und Entscheidungszeit mindestens 15 Werktage vereinbart sind. Die Prüf- und Entscheidungszeit bedingt, dass der AN dem AG die freizugebenden erbrachten Leistungen und sonstigen Unterlagen sowie die zur Entscheidung notwendigen Entscheidungsvorlagen jeweils mindestens 12 Werktage vorher unter näherer Bezeichnung und Erläuterung schriftlich ankündigt. Andernfalls verlängert sich die Prüfzeit mindestens um die nicht eingehaltene Ankündigungsfrist.
- 9.2 Die Prüfung und Freigabe von Leistungen durch den AG sowie Entscheidungen des AG auf Grundlage von Entscheidungsvorlagen des AN lassen die Haftung und Einstandspflicht des AN für seine ordnungsgemäße und vertragsgerechte Leistungserbringung in allem unberührt. Ebenso wenig beinhalten Freigabevermerke des AG rechtsgeschäftliche Änderungsanordnungen, die Beauftragung von Zusatzleistungen, eine rechtsgeschäftliche Abnahme oder sonstige rechtsgeschäftliche Willenserklärungen.

§ 10

Honorar

- 10.1 Das Honorar bemisst sich nach §§ 33 ff. HOAI für die Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume und auf Grundlage der ermittelten anrechenbaren Kosten. Für die Leistungen der Objektplanung Freianlagen bemisst sich das Honorar gem. §§ 38 ff. und auf Grundlage der ermittelten anrechenbaren Kosten.
- 10.2 Die Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume als auch die Freianlagenplanung werden der Honorarzone III zugeordnet.
- 10.3 Das Preisgeld aus dem nicht offenen Realisierungswettbewerb wird mit dem Honorar der Bearbeitungsstufe I für das Leistungsbild Objektplanung Gebäude und Innenräume verrechnet.

- 10.4 Nebenkosten im Sinne des § 14 HOAI werden pauschal in Höhe von x % vergütet.
- 10.5 Eine zusätzliche Vergütung ist ausgeschlossen, sofern auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorgaben, vor allem im Baugenehmigungsverfahren, ein mehrfaches Überarbeiten von Planungsunterlagen erforderlich wird und die öffentlich-rechtlichen Vorgaben für den AN vorhersehbar waren.
- 10.6 Das Honorar wird fällig, wenn die geschuldeten und beauftragten Leistungen vertragsgemäß und vollständig erbracht und abgenommen worden sind sowie eine prüffähige Honorarschlussrechnung überreicht wurde.

§ 11 Rechnungen

Rechnungen sind getrennt unter Angabe der Vertragsnummer sowie der projektverantwortlichen Fachdienststelle und Angabe der Mittelbindungsnummer einschließlich deren zuständigen Ansprechpartner bevorzugt in digitaler Form (als PDF-Datei) unter Kennzeichnung von Anlagen mit der voranstehenden Bezeichnung „Anlage“ an die E-Mail-Adresse: rechnungen@mannheim.de oder in Papierform an die Anschrift:

Stadtkämmerei Mannheim
Postfach 10 18 44
68018 Mannheim

oder

Stadtkämmerei Mannheim
E 4, 3
68159 Mannheim

zu senden.

Eine gegebenenfalls getrennte Rechnungsstellung löst keine besondere Vergütung aus.

§ 12 Stellung und Weisungsbefugnisse

Gegenüber dem AN ist lediglich der AG weisungsbefugt.

§ 13

Projektleiter/Ansprechpartner

- 13.1 Der AN erbringt seine Leistungen mit folgendem Projektteam:

Projektleiter/in:

Stellvertretende/r Projektleiter/in:

Projektmitglieder:

Einzelne, vorbenannte Mitarbeiter im vorbenannten Projektteam dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers ausgetauscht werden.

Der Auftraggeber wird die Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern. Als wichtiger Grund gilt, wenn das neu vorgesehene Mitglied des Projektteams nicht über eine vergleichbare Qualifikation wie das auszutauschende Mitglied des Projektteams verfügt.

Im Weiteren ist der Auftragnehmer nicht berechtigt, seine ihm aus diesem Vertrag auferlegten Leistungspflichten ohne Zustimmung des Auftraggebers ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen.

- 13.2 Der AN hat die ihm übertragenen Leistungen in seinem eigenen Büro zu erbringen.

§ 14

Fachlich Beteiligte

- 14.1 Der AN erhält vom AG nach Vertragsschluss eine Auflistung aller fachlich Beteiligten sowie Ansprechpartner seitens des AG (gegebenenfalls fortgeschrieben und mit Anschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen, Fax-Nummern versehen).

- 14.2 Der AG behält sich vor, weitere fachlich Beteiligte oder Dritte hinzuziehen; der AN wird hierüber rechtzeitig unterrichtet.

- 14.3 Servicestelle Ausschreibungsverfahren

Die städtische Vergabestelle wird bei der Durchführung von öffentlichen und beschränkten Ausschreibungen (offenen und nichtoffenen Verfahren) sowie Verhand-

lungsverfahren mit Teilnahmewettbewerben und wettbewerblichen Dialogen die Veröffentlichungen, den Versand der Ausschreibungsunterlagen, die Submission bzw. Öffnung der Teilnahmeanträge, die bei Erfordernis erste formelle Prüfung der Angebote und die gegebenenfalls zu erfüllenden Informationspflichten übernehmen. Im Übrigen gilt Nr. 1.3 Abs. 2 der Vergabeordnung der Stadt Mannheim - VergO - (Anlage 7).

14.4 Vergabestellen

Die Erteilung und Änderung von Aufträgen obliegt den jeweils zuständigen Vergabestellen des AG gemäß Vergabeordnung der Stadt Mannheim - VergO - (Anlage 7).

§ 15

(Mängel-)Haftung, Verjährung, Haftpflichtversicherung des AN

15.1 (Mängel-)Haftung und Verjährung richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen unter Berücksichtigung des vom AN nach diesem Vertrag geschuldeten Werkerfolgs (Gesamt- und Teilerfolg) und Pflichten.

15.2 Der AN ist verpflichtet, eine für das übernommene Risiko ausreichende Haftpflichtversicherung abzuschließen und bis zum Ablauf sämtlicher Mängelhaftungsfristen aus diesem Vertrag aufrechtzuerhalten. Die Deckungssumme der Versicherung muss pro Verstoß mindestens betragen:

- für Personenschäden:	1.500.000,00 €
- für Sach-, Vermögens- und sonstige Schäden:	1.000.000,00 €

Der AN ist verpflichtet, jährlich und mit Schlussrechnung eine gültige Versicherungsbescheinigung dem AG vorzulegen. Sofern der AN den vereinbarten Versicherungsschutz oder dessen Aufrechterhaltung trotz Nachfristsetzung nicht nachweist, ist der AG zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt. Ohne Nachweis des mit dem AG vereinbarten Versicherungsschutzes werden Honoraransprüche des AN nicht fällig.

§ 16

Termine

- 16.1 Der AN ist verpflichtet, die von ihm einzuhaltenden Termine unmittelbar nach Vertragsschluss mit dem AG abzustimmen. Für die Herstellung der Außenanlage ist ein detaillierter Bauzeitenplan mit dem AG abzustimmen.
- 16.2 Der geplante Baubeginn liegt voraussichtlich im 3ten Quartal 2020. Der beabsichtigte Fertigstellungstermin des Neubaus liegt voraussichtlich im 4ten Quartal 2021.
- 16.3 Der AN ist verpflichtet, den AG unverzüglich auf etwaige Terminüberschreitungen hinzuweisen, sobald diese für ihn erkennbar sind. Im Fall einer absehbaren Terminüberschreitung ist der AN dazu verpflichtet, dem AG schriftlich Vorschläge zur Einhaltung der Termine zu unterbreiten und auf Anordnung des AG etwaige Optimierungsmaßnahmen einzuleiten und zu überwachen. Dies gilt unabhängig davon, ob der AN eine Terminüberschreitung zu vertreten hat oder nicht.

§ 17

Dauer des Vertrages

Die Beendigung dieses Vertrags tritt durch Zweckerreichung nach vollständiger und ordnungsgemäßer Leistungserbringung ein.

§ 18

Schlussbestimmungen

- 18.1 Andere als die in diesem Vertrag getroffenen Vereinbarungen bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses.

- 18.2 Ein Zurückbehaltungsrecht des AN an den von ihm erstellten Planungsunterlagen, die für die Durchführung der Planung und die Realisierung des Bauvorhabens erforderlich sind, ist ausgeschlossen. Die zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Planunterlagen hat der AN dem AG spätestens bei Abnahme der geschuldeten Leistung herauszugeben.
- 18.3 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht. Anstelle der ganz oder teilweise unwirksamen oder undurchführbaren Regelung wird eine Bestimmung vereinbart, die nach ihrem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen und undurchführbaren möglichst nahe kommt. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken dieses Vertrages.
- 18.4 Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus und in Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Mannheim.
- 18.5 Jede Partei erkennt mit ihrer Vertragsunterzeichnung an, jeweils eine Original-Ausfertigung dieses Vertrages nebst den in diesem Vertrag genannten Anlagen erhalten zu haben.

Auftraggeber:

Mannheim,

Datum

.....
Quast

Bürgermeister

Auftragnehmer:

.....,

Ort, Datum

Stempel

.....

Unterschrift